

Haushaltsrede 2019

gehalten am 19. Februar 2019
von

Anna Zimmermann-Aubeck

- es gilt das gesprochene Wort -



Anrede,

Bei seinem letzten Haushalt darf Landrat Bäuerle aus dem Vollen schöpfen: von „äußerst positiven Rahmenbedingungen“ schwärmt er, von der „starken Steuerkraft unserer 23 Städte und Gemeinden“ und von „prall gefüllten Auftragsbüchern“ der Betriebe.

Geld ist also vorhanden. Beim Landkreis wie auch bei den Städten und Gemeinden. Eigentlich der Traum einer/s jeden gestaltungswilligen KommunalpolitikerIn. Damit stellt sich die Frage, in welcher Form - ob in bar oder als Leistung - wir es den Bürgerinnen und Bürgern, den Kommunen, den Unternehmen zurückgeben. Und wem. Und ob wir nicht einen Teil davon zurücklegen sollten für kommende Aufgaben.

Immer wieder war in den vergangenen Jahren die Rede davon, die Höhe der **Kreisumlage** müsse sich am Bedarf orientieren und nicht an einem fixen Hebesatz. Aber das Gegenteil davon wurde gemacht! Nachdem die Kreistagsmehrheit Jahr um Jahr verbissen an einem Hebesatz von 31 % festgehalten hat, ist sie nun offensichtlich bereit, diesen zu senken, getreu dem Motto: „Aufwärts? Nimmer! Abwärts? Immer!“. Wäre es da nicht konsequent gewesen, auch in diesem Jahr den Hebesatz zu belassen? Für uns Bündnisgrüne, die wir immer für eine flexible, bedarfsorientierte Kreisumlage eingetreten sind, stellt sich angesichts dieser Inkonsequenz der Mehrheit die Frage, wie wir damit umgehen sollen: Eine Rolle rückwärts machen und nun unsererseits die Beibehaltung des Hebesatzes fordern? Oder einfach den Weg des geringsten Widerstandes mitgehen? Wir denken: das Eine (eine Absenkung) tun, das Andere (das höhere Aufkommen nutzen) nicht lassen. Wir schlagen deshalb vor, die Kreisumlage nur um einen *halben* Punkt zu senken, und die dadurch frei werdenden Mittel sinnvoll zu verwenden. Möglichkeiten und Notwendigkeiten dafür sehen wir genug, und ich will im Folgenden zeigen, dass auch unsere Kommunen dabei nicht zu kurz kommen würden.

Das, was im Haushalt veranschlagt ist, ist auch in unserer Fraktion weitgehend unstrittig. Interessanter ist die Frage, was NICHT im Haushalt steht:

Allein schon die Neuregelung der Umsatzsteuer und der **Kosten der Unterkunft** bedeutet für den Landkreis 1,3 Mio. € weniger, für die Kommunen im Landkreis aber 2,8 Mio. € mehr. Und nebenbei bemerkt: auch bei der Kostenbeteiligung des Landes an der Anschlussunterbringung hat sich als verlässlich erwiesen, was Ministerpräsident Kretschmann gesagt hat: „*Das Land lässt seine Kommunen nicht im Stich*“.

Zu diesen Einnahmeverlusten für den Landkreis kommt der erhöhte Finanzmittelbedarf des **Klinikums Mittelbaden** hinzu:

Wenn

- der Betriebsverlust des Klinikums (4,6 Mio. € für 2019) ausschließlich aus nicht erwirtschafteten Abschreibungen von nicht geförderten Investitionen entsteht

und wenn gleichzeitig

- das Klinikum nicht in der Lage ist, die nicht kofinanzierten Investitionen aus eigener Kraft innerhalb des Budgets zu finanzieren

dann müssten wir ehrlicherweise auf unsere Forderungen an das Klinikum eine Teilwertabschreibung vornehmen. Allein schon diese buchhalterische „Kleinigkeit“ würde vermutlich einen Großteil der Kreisumlagensenkung auffressen!

Wie Sie wissen, sind die Bündnisgrünen im Rastatter Kreistag AnhängerInnen eines **bedingungslosen Grundeinkommens**. Selbstverständlich ist ein Grundeinkommen im Sinne einer Geldzahlung auf kommunaler Ebene nicht realisierbar – wohl aber Leistungen und Maßnahmen, die ALLEN gleichermaßen zugute kommen und eine ähnliche Wirkung entfalten.

So haben wir z.B. im vergangenen Jahr einen umfassenden Antrag gestellt, der die Parkraumprobleme an unseren Krankenhäusern lösen soll. Unter anderem wollen wir in einem ersten Schritt den MitarbeiterInnen des Klinikums die **kostenlose Nutzung des ÖPNV** ermöglichen - so, wie wir es in der Haushaltsrede des vergangenen Jahres angekündigt haben: kostenloser ÖPNV nicht sofort überall und für alle, aber punktuell da, wo es sinnvoll ist. Wie wäre es mit einem gebührenfreien „Willkommensticket“ für die Rastatter Innenstadt – anstelle eines völlig kontraproduktiven kostenlosen Parkens, das nur mehr Autos, aber nicht mehr Kaufkraft in die Stadt lockt. Und die ständigen Preiserhöhungen des KVV trotz nachlassender Qualität und sinkender Fahrgastzahlen wollen wir schon längst nicht mehr mitmachen.

Landrat Bäuerle hat bei der Einbringung des Haushalts gesagt: *„Wenn wir dem Kollaps des Individualverkehrs auf unseren Straßen weiter entgegenwirken wollen, dann darf uns kein Euro für den ÖPNV zu viel sein.“* Dem stimmen wir zu. Zu viel ist uns kein Euro - zu wenig aber schon.

Mit dem Nachsatz *„Das gilt aber auch für den Straßenbau“* verfallen Sie, Herr Bäuerle, jedoch wieder in das überkommene Schema. Die alte Regel „Wer Straßen sät, wird Verkehr ernten“ bestätigt sich immer wieder und führt anscheinend dennoch zu keinem Umdenken. Das **Mobilitätskonzept**, mit dem wir immer wieder getröstet worden sind, ist dem Kreistag bis auf den heutigen Tag noch nicht einmal vorgestellt worden, geschweige denn die sich daraus möglicherweise ergebenden und haushaltsrelevanten Maßnahmen.

Unterdessen schlagen die **Kosten des Klimawandels** auch in unserem Haushalt verstärkt zu Buche:

- Die Ausgaben für die Kühlung unserer Gebäude steigen.
- Die Umsetzung des Klimaschutzprojekts erfordert deutlich mehr Finanzen und Personal als bisher. EinE KlimaschutzmanagerIn soll helfen, unsere Verbrauchswerte weiter zu senken.
- Beim Management von Starkregenereignissen werden Landkreis und Landesregierung die Kommunen unterstützen.
- Die Umstellung des Fuhrparks auf Elektrofahrzeuge kommt voran; aber anstelle des halben Schritts über Hybride sollten wir besser gleich den ganzen Schritt hin zu emissionsfreier Elektromobilität zu tun.

Die **Schaffung von bezahlbarem Wohnraum** ist in erster Linie keine Aufgabe der Landkreise. Da, wo wir Immobilien besitzen, haben wir aber die Chance, in den Markt einzugreifen. Einem Verkauf des Gebäudes Lyzeumstraße hätten wir deshalb auch dann nicht zugestimmt, wenn wir es *nicht* zu einer Außenstelle des Landratsamtes umbauen würden. Das Klinikum Mittelbaden könnte die alte Tradition der „Schwesternwohnheime“ wieder beleben und günstiges Wohnen in Arbeitsplatznähe anbieten.

Mit der Situation des **Frauenhauses** hat sich die bündnisgrüne Fraktion intensiv beschäftigt. Eine kontinuierliche Überbelegung (2018: 104%) - das schreit ja geradezu nach der Schaffung eines zweiten Standorts! Nach zahlreichen Gesprächen haben wir uns aber davon überzeugen lassen, dass dies zu kurz greifen und die eigentlichen Probleme nicht lösen würde. Ja, es gibt leider weitaus mehr schutzbedürftige Frauen und Kinder, als das Frauenhaus unterbringen kann. Aber nicht die Aufnahme in das Haus ist das Problem,

sondern der Auszug nach gegebener Zeit. Wir sind somit wieder beim sattem bekannten Thema „Mangel an bezahlbarem Wohnraum“, der eben NICHT durch die Ausweisung von mehr Bauland zu lösen ist. Gerade in Bezug auf die Bewohnerinnen des Frauenhauses sehen wir die so oft bemühte „kommunale Familie“ in der Pflicht - vielleicht unter Federführung des kommenden Landrats - Wohnungen ausfindig zu machen. Bei der Hilfe für schutzbedürftige Frauen und Kinder ist ein Schutzhaus allerdings nur ein Mosaikstein. Ein umfassendes Konzept hat zum Beispiel Freiburg mit seiner Fachstelle Intervention gegen häusliche Gewalt (FRIG), einem Runden Tisch, an dem alle relevanten AkteurInnen im Sinne der Gewaltprävention zusammenarbeiten. So etwas kann aber nicht mehr ehrenamtlich geleistet werden, sondern bedarf einer halben Stelle, die sich nur damit zu befassen hat. Insgesamt ist uns das Thema zu wichtig und zu vielschichtig, als dass wir es in den Haushaltsberatungen abhaken könnten. Wir beantragen deshalb, die Thematik auf die Tagesordnung des Sozialausschusses zu setzen und hierzu eine Vertreterin der Freiburger Fachstelle einzuladen.

Entgegen der verzerrenden Darstellung des Landwirtschaftsamtes beweisen Bio-bauern/bäuerinnen und BiowinzerInnen tagtäglich auf 's Neue, dass **Ökologischer Landbau** auch in Baden möglich und wirtschaftlich erfolgreich ist. Was sie jetzt brauchen, sind kompetente Beratung und eine positive Einstellung seitens der Verwaltung. Der Nutzen für die Allgemeinheit liegt auf der Hand. Auch in den Krankenhäusern, Pflegeheimen, Kantinen und Schulen des Landkreises möchten wir biologische Nahrungsmittel anbieten. Wir erwarten vom Landratsamt effektive Maßnahmen zur Ausweitung der ökologisch bewirtschafteten Fläche und hoffen darauf, auch irgendwann einmal einen hauseigenen Bio-Wein auf dem Tisch zu haben.

Mit einem weiteren Antrag möchten wir die Themen **PFC, Insektensterben** und **Regenerative Energien** zusammenführen. Auch im fünften Jahr des PFC-Skandals ist noch überhaupt nicht absehbar, ob, wo und in welcher Weise belastete Flächen saniert werden können. Gleichzeitig droht den Insektenbeständen nicht nur in Bayern, sondern weltweit der Kollaps. Blühende Wiesen unter Photovoltaik-Anlagen können da zu Rettungsinseln für Insekten werden. Wir beantragen daher, einen Fonds zu initiieren, der PFC-belastete Flächen verwaltet und einer Nutzung als Naturschutzflächen mit Solaranlagen zuführt.

Ich hoffe, ich konnte mit den genannten Beispielen zeigen, dass der Landkreis vielfältige Möglichkeiten hat, Geld sinnvoll zu verwenden. Das Landratsamt samt seinen Dependancen (Energieagentur, Landschaftspflegeverband, Abfallwirtschaftsbetrieb, Eigenbetrieb Breitbandversorgung usw.) ist nicht zuletzt auch Dienstleister der Kommunen und entlastet diese in einer immer komplizierter werdenden Welt.

Wir beantragen deshalb die Absenkung der Kreisumlage auf 30,5 % und werden im Übrigen dem Haushalt zustimmen.